

Thema gemacht. Das bedeutendste Wort ist allerdings: „Inklusion fängt im Kopf an“. Das ist richtig. Wenn sie aber dort bleibt, existiert sie auch nur dort. Genau das sehen wir hier. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Fricke. – Für die FDP-Fraktion hat nun noch einmal Herr Kollege Alda das Wort.

Ulrich Alda (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich noch einmal kurz an den Minister wenden. Wir haben im Ausschuss häufiger zwiespältig über die Rolle der Opposition diskutiert. Wir sollten Ihnen vertrauen. Ich habe eben mehrmals deutlich gesagt: Wir sind als Opposition auch für die Kontrolle der Regierung da. Ich hoffe, Sie haben jetzt wahrgenommen, dass wir aus der Kontrolle heraus, indem wir Ihren Bericht gelesen haben, Vorschläge gemacht haben. Ich hoffe, es kommt einmal rüber, dass die von der Opposition auch aufgegriffen werden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich sprach vorhin auch über das Bewusstsein in der Bevölkerung. Ich möchte hierzu einen besonderen Punkt ansprechen und eine Anregung dazu geben. 60 % aller Behinderungen kommen erst nach der Schule. In diesem Hause und auch sonst beim Thema „Inklusion“ ist meistens die Schule im Fokus. Ich appelliere noch einmal an Sie: Nach der Schule kommen rein statistisch noch 60 Lebensjahre. Darum müssen wir uns kümmern. Wir müssen an die Arbeitgeberverbände herantreten, wir müssen schauen, wie es danach weitergeht. Denn wir können nicht sagen: Inklusion bedeutet Exklusion nach der Schule. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Alda. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen damit zur Abstimmung des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU Drucksache 16/6035. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? – Die SPD-Fraktion und die grüne Fraktion. Wer enthält sich? – Es enthält sich die Fraktion der Piraten. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/6035** mit großer Mehrheit **abgelehnt**, und ich schließe den Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6026

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/5973

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5956

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5999

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Ohne Fahrplan und ohne Ziel: Die Weiterentwicklung des KiBiz darf nicht verschleppt werden!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4577

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/5974

Ich weise darauf hin, der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/4577 wurde gemäß § 82 Abs. 2 Ziffer b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und eine Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend liegen als Drucksache 16/5974 vor.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben als SPD-Fraktion in den letzten Monaten rund 80 Veranstaltungen mit 30 bis 40 Teilnehmerinnen im ganzen Land durchgeführt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, die an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben, noch einmal recht herzlich bedanken bei den Erzieherinnen, bei den Eltern, bei den Trägervertretern, die ihre Freizeit geopfert haben, um mit uns zusammen eine gute Lösung für den zweiten Revisions-schritt zu finden.

Das waren sehr intensive Diskussionen. Es gab sehr viele Förderhinweise, und einige Förderhinweise haben wir aufgenommen – Sie finden diese in unseren Änderungsanträgen –, weil wir natürlich nicht argumentationsresistent sind, sondern es sehr dialogisch mit den Betroffenen gemacht haben. Es ist ein sehr guter Stil, den wir zum Thema „KiBiz“ – ich glaube, das kann ich auch für die Landesregierung sagen, liebe Ute Schäfer – sehr dialogisch weiterführen werden, weil wir mit diesem Schritt natürlich noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen sind.

Wir werden die Förderung jetzt nach den sozialen Umständen der Kitas ausrichten. Allein diese Umstellung kommt bei allen im Land schon sehr gut an. Wir werden „Delfin 4“ abschaffen und die Sprachförderung auf neue Füße stellen. Wir werden eine Planungsgarantie über zwei Jahre vergeben, und wir werden eine Personalpauschale von 2.000 € pro Jahr pro Gruppe geben.

In allen inhaltlichen Punkten gibt es in der Szene in ganz Nordrhein-Westfalen große Übereinstimmung, dass dieser neue Weg, dieser sozial ausgerichtete Weg der richtige Weg ist. Das ist zweifelsfrei als Ergebnis aus den Veranstaltungen mitzunehmen.

Die inhaltliche Kurskorrektur wird also sehr breit begrüßt – wengleich ich hier nicht verheimlichen möchte, dass natürlich in den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen auch immer der Wunsch geäußert wird, dass noch mehr kommen müsste. Aber das wissen wir auch.

Wir haben also die inhaltliche Kurskorrektur in Richtung mehr Chancengleichheit ausgerichtet. Das ist gut für Nordrhein-Westfalen. Das ist gut für die Kinder. Das ist ein weiterer Schritt, damit unsere Gesellschaft gerechter wird und damit auch die Kinder, die aus sozial benachteiligten Elternhäusern kommen, ein Stück mehr Chancen haben, ein selbstbestimmtes Leben mit einer guten Ausbildung zu führen. Darauf ist diese zweite Revisionsstufe ausgerichtet. Sie wird mehr Personal in die Einrichtungen bringen und mehr Qualität sicherstellen. Gerade dort, wo die sozialen Lasten am höchsten sind, wird es besonders viel mehr geben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Landesregierung hatte einen Vorschlag gemacht. Wir haben ihn breit und sehr detailreich diskutiert. Bei dieser Diskussion haben wir einige Förderhinweise bekommen, die wir auch umgesetzt haben, weil wir Argumentationen nachvollziehen konnten und gesehen haben: Ja, das war im ersten Schritt nicht ganz 100%ig. – Deshalb haben wir dort nachkorrigiert.

Beispielsweise konnte uns der Landeselternbeirat glaubhaft versichern, dass er mit dem Etat, den wir bislang zur Verfügung gestellt haben, nicht auskommt. Wir werden diesen Ansatz um 50 % erhöhen, weil wir die Elternmitwirkung und die Elternver-

antwortung in den Einrichtungen stärken wollen. Das haben wir in unseren Änderungsantrag aufgenommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist für die Eltern ganz wichtig. Ich finde es großartig, dass sich im ganzen Land die Elternbeiräte bilden. Dies war im ersten Revisionsprozess schon ein großer Schritt. Das trägt wirklich Früchte. Es ist wirklich schön, zu sehen, dass Eltern mit anpacken und versuchen, ihre Kita nach vorne zu bringen. Wunderbar! Dafür geben wir noch einmal 50 % mehr.

Wir wollen – das war nicht ganz deutlich; deshalb verdeutlichen wir es jetzt noch einmal – die Kinderrechte und den Kinderschutz besonders hervorheben. Das können Sie unseren Änderungsanträgen entnehmen. Darauf werden wir als Rot-Grün einen besonderen Schwerpunkt setzen. Deshalb haben wir das noch einmal herausgearbeitet.

Wir nehmen den Begriff „interkulturelle Kompetenz“ noch einmal auf, weil wir wissen, dass in den Einrichtungen natürlich der Grundstein für Respekt und Akzeptanz der verschiedenen Kulturen und den Umgang damit gelegt wird. Deshalb ist es für uns ganz wichtig, dass der Begriff „interkulturelle Kompetenz“ gefüllt wird. Das beginnt im Kindergarten. Es beginnt mit der Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Ich glaube, dass es aller Ehren wert ist, das auch ausführlich in einem Gesetz zu beschreiben. Das tun wir auch im Sinne des Änderungsantrags.

Wir werden die Personalausstattung in Wald-Kitas besser absichern. Auch das ist wichtig. In der Diskussion haben wir gesehen, dass sie strukturell mit dem zweiten Revisions Schritt benachteiligt wären. Das hat man uns gut und glaubhaft erklären können. Wir können es nachvollziehen. Daher werden sie jetzt noch einmal personell gestärkt. Ich glaube, dass das auch ein guter Weg ist.

Wir haben geklärt, dass die Zuschüsse für Personal, die wir jetzt gewähren, auch ausschließlich für Personal eingesetzt werden dürfen und nicht der Rücklage zugeführt werden dürfen, was einige findige Träger offenbar schon beabsichtigt hatten. Wir garantieren den Kolleginnen und Kollegen vor Ort also, dass das gesamte Geld, das wir jetzt in die Hand nehmen, auch tatsächlich in den Einrichtungen ankommt, und zwar für mehr Personal und damit verbunden hoffentlich auch für mehr Qualität und Entlastung der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die zuerst geplante Nivellierung der zusätzlichen U3-Pauschale wieder gestrichen. Wir werden wieder zu der alten Fassung zurückkehren, sodass für Betreuungszeiten von 25, 35 und 45 Stunden auch unterschiedliche Beiträge zur Förderung bereitstehen, weil wir gemerkt haben, dass die

Einrichtungen, die besonders viele 45-Stunden-Anteile haben, dadurch strukturell benachteiligt wären. Das wollen wir natürlich nicht. Wir wollen, dass gerade die Einrichtungen, die diese Angebote haben, nach wie vor finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben auch bewältigen können. Daher glaube ich, dass diese Korrektur auch im Sinne der Einrichtungen und im Sinne der Träger ist.

Wir haben lange über ein Thema diskutiert, das wir schon beim letzten Tagesordnungspunkt behandelt haben, nämlich die Inklusion, und zwar hier bezogen auf behinderte Kinder in der Tagespflege. Wie sieht es da aus? Wie sind sie verankert? Wie sind die Zuschüsse?

Wir sind nach längeren Diskussionen mit den Betroffenen zu dem Entschluss gekommen, dass wir bei der Tagespflege die gleichen Zuschüsse zahlen müssen wie bei den Kitas. Wir werden jetzt die 3,5-fache Pauschale für Kinder mit Behinderungen auch in der Kindertagespflege durchsetzen. Es ist ein wichtiges Zeichen und ein wichtiger Schritt, dass wir das im Dialog verstanden haben und dass wir das auch umsetzen, damit die Kinder mit Behinderungen in der Kindertagespflege genauso behandelt werden wie in den Kindertageseinrichtungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben sehr viele Hinweise aufgenommen. Ich kann heute auf jeden Fall für die gesamte SPD-Fraktion, aber sicherlich auch für Rot-Grün insgesamt sagen, dass der zweite Schritt eine Kurskorrektur in eine inhaltlich richtige Richtung ist. Die wollen wir gemeinsam. Wir wollen Ungleiches ungleich fördern. Das haben wir hinbekommen. Wir haben es sehr dialogisch in der Reflexion mit den Betroffenen gemacht und haben viele Hinweise in die Gesetzgebung eingebaut.

Nun kommen wir zum zweiten Schritt mit noch einmal 100 Millionen € für die Kitas. Das wird eine Menge an Entlastung für die Einrichtungen bedeuten – gerade für diejenigen, die unter sehr schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten müssen. Meine Damen und Herren, das ist aller Ehren wert, glaube ich. Das ist ein weiterer großer Schritt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen aber nicht aufhören, sondern werden perspektivisch weiter die Situation in den Einrichtungen verbessern. Wir brauchen jetzt noch einmal Luft.

Ich will durchaus darauf hinweisen – denn das ist an dieser Stelle doch erwähnenswert –, dass seit 2010 die Landesregierung die einzige Institution ist, die überhaupt noch Geld in dieses System steckt – bzw. der Landtag Nordrhein-Westfalen mit Rot-Grün. Die Landesebene investiert seit 2010 alleine. Die Träger ziehen sich mit dem Argument zurück: Wir haben kein Geld mehr; wir können nicht inves-

tieren. – Die Kommunen haben sich mit dem Argument zurückgezogen: Wir haben kein Geld mehr; wir können nicht investieren. – Mit dem gleichen Recht könnte auch das Land argumentieren: Wir haben kein Geld mehr; wir können nicht investieren.

Wir haben aber gesagt: Das geht nicht. Wir müssen jetzt handeln. Wir müssen jetzt die Chancen der Kinder in unserem Land bewahren. Denn jeder Euro, den wir in diesem Bereich investieren, ist gut angelegtes Geld. Er wird sich drei- bis vierfach für unser Land rentieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Von daher rufe ich die Kommunen auch von dieser Stelle aus auf, sich auf ihre Verantwortung zu besinnen, sich wieder mit uns an den Tisch zu setzen und noch einmal grundsätzlich über die Struktur des sogenannten Kinderbildungsgesetzes nachzudenken. Das ist von ganz entscheidender Bedeutung. Kein Akteur – weder die Träger, weder die Kommunen noch das Land – wird die Situation allein grundständig verbessern können. Das können wir nur zusammen.

Von daher ist es auch ein Appell an die CDU: Wirken Sie auf Ihre Kommunalpolitiker ein! Üben Sie Druck aus! – Sie müssen sich mit uns wieder an einen Tisch setzen. Wir wollen das gerne auch mit der Bundesregierung machen, weil auch die mit an diesen Tisch gehört. Wenn alle Akteure bereit sind, einen Beitrag zu leisten, dann werden wir im nächsten Schritt eine grundständige Revision des Kinderbildungsgesetzes hinbekommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich, dass wir heute einen so großen Schritt für die Kinder in unserem Land machen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Jörg. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wolfgang Jörg, ich bin schon etwas verwundert, dass Sie sich mit so wenig Erkenntnisgewinn hier ans Podium stellen, wenn Sie so viele Veranstaltungen im Lande Nordrhein-Westfalen besucht haben. Dann sagen Sie auch noch, Sie hätten die Hinweise aufgenommen. Das haut einen um.

(Beifall von der CDU)

Aufgrund der vielen von Ihnen geführten Gespräche beziffern Sie den Änderungsbedarf auf 5.000 €. Das definieren Sie mit 50 % mehr für den Landeselternrat und mit einigen anderen kleineren Korrekturen. Das soll der große Wurf sein? Das ist bitter wenig.

Sie sollten die beteiligten Personen in den Veranstaltungen etwas ernster nehmen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Da schließe ich auch die Experten ein, die hier im Landtag mit Ihnen und uns diskutiert haben.

(Zuruf von der SPD: Wie viele Änderungsvorschläge haben Sie denn gemacht?)

Sie haben gerade gesagt, Sie wollen nicht in Ihrem Bestreben aufhören, die Situation zu verbessern. Ich weiß aus gemeinsamen Sitzungen – insbesondere aus der Erfahrung in der Enquetekommission –, dass wir mit diesem Gesetzentwurf keinen großen Schritt nach vorne machen, wie wir ihn eigentlich erreichen wollen. Es ist ein Minimalschritt – und das auch noch mit der falschen Prioritätensetzung. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

(Ingrid Hack [SPD]: Dann wissen wir ja jetzt, was für die CDU minimal ist!)

Herr Jörg, es ist anmaßend, wenn Sie sich hinstellen und sagen, das Land Nordrhein-Westfalen sei seit 2010 das Einzige, das noch investiv und konsumtiv im Kitabereich etwas täte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, das ist eine Verkennung der Realität. Entschuldigen Sie bitte, aber die Grünen sind in dieser Hinsicht ganz weit von den Realitäten weg. Sie führen auch nicht die Gespräche; das macht anscheinend nur Herr Wolfgang Jörg.

(Beifall von der CDU)

Lieber Kollege Wolfgang Jörg, bei uns funktioniert das nicht mit Druck. Das will ich Ihnen sagen. Wir brauchen keinen Druck auf unsere Kommunalpolitiker auszuüben. Wir machen das mit unserer Überzeugungskraft.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, im Gegensatz zu Ihnen brauchen wir diesen Druck nicht, weil wir überzeugende Argumente dafür haben, damit die kommunale Gemeinschaft ebenso wie die Träger – insbesondere die großen Kirchen – erhebliche Anstrengungen im Kitabereich übernimmt. Sehen Sie sich die freiwilligen Leistungen von Trägern und Kommunen doch einmal in der Realität an! Hätten sie den Bund nicht, würden sie gar nichts zustande bekommen.

Ich möchte eines vorweg nehmen. Nach Aussagen der Experten in der Anhörung ist der vorgelegte Gesetzentwurf nicht geeignet, die Situation der Träger von Kindertageseinrichtungen zu verbessern, nicht geeignet, die Zukunftschancen von Kindern zu verbessern und nicht geeignet, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Im Gegenteil! Sie schaffen den Anspruch auf individuelle Bildung im Kitabereich ab. Vor diesem Hintergrund ist der Spruch der

Ministerpräsidentin „Kein Kind zurücklassen“ nur eine PR-Aktion ohne Inhalt und Substanz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Art und Weise, in der Sie dieses Gesetz wieder einmal durchgepeitscht haben, entspricht auch nicht dem, was man zugesagt und versprochen hatte.

(Zuruf von der SPD)

Ich erinnere: Ein Referentenentwurf wurde für Sommer 2013 versprochen, aber nicht eingehalten. Dann wurde er für Herbst 2013 versprochen und nicht eingehalten. Zur Verbändeanhörung wurde der Referentenentwurf am 17. Dezember übersandt – natürlich schön vor den Weihnachtsferien. Die Abgabefrist für eine Stellungnahme lief über Weihnachten und Neujahr am 24. Januar aus usw. Vorgelegt wurde der Entwurf dem Parlament mit Zeitverzögerung, dies allerdings mit Zustimmung, weil Sie es sonst gar nicht auf die Reihe bekommen hätten. Wir hatten kaum Zeit, den Gesetzentwurf durchzulesen.

(Zuruf von Ingrid Hack [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Das nenne ich keinen kollegialen Umgang mit Blick auf Gesetzentwürfe. Eine sachorientierte und fachliche Diskussion war somit überhaupt nicht gewährleistet.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nur weil Sie überfordert sind! – Zuruf von der SPD: Das ist doch lächerlich!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das einzig Gute an diesem Verfahren war, dass der Stenografische Dienst dieses Landtags innerhalb von 24 Stunden das Protokoll der Anhörung zur Verfügung stellte. Ein Kompliment geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stenografischen Dienstes dieses Hauses!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Würde der rot-grüne Gesetzentwurf eine Klassenarbeit darstellen, müsste man ihn nach Auswertung der Anhörung mit einer Sechs bewerten.

Nun weiß ich, dass die Fraktion der Grünen solche Anhörungen immer wieder völlig anders interpretiert. Das mag daran liegen, dass die Grünen viele Sachen einfach nicht lesen. Oder es mag an der ideologischen Brille liegen, die die Grünen beim Thema „Frühe Bildung und Kita“ aufhaben. Dies geschieht leider zum Schaden einer ganzen Kitageneration, wie wir auch heute feststellen werden. Sie gehen nach dem Motto vor „Das mag alles wohl stimmen, aber wir sehen es anders.“ Es ist keine saubere Politik, die Lebenswirklichkeit auszublenden, meine Damen und Herren von den Grünen.

Was steht nun eigentlich im Gesetz? Der größte Teil der 100 Millionen €, nämlich 55 Millionen €, geht in die Verfügungspauschale, die vorrangig für zusätzli-

che Hauswirtschaftskräfte gezahlt werden soll. Umgerechnet sind das pro Arbeitstag 7,69 €.

Damit soll Qualität finanziert und bezahlt werden? Das ist deutlich unter Mindestlohn-Niveau. Herr Minister Schneider, was sagen Sie eigentlich als Gewerkschafter dazu? Was sagen wir beide dazu? Wir können das doch nicht mittragen. 7,69 € im Kitabereich, um damit Qualität zu finanzieren? – Ich finde, Herr Minister, auch darüber sollten Sie mit Ihrer Kollegin einmal sprechen, wie das beim Anspruch einer vernünftigen Qualität eigentlich umgesetzt werden kann.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Rechnen kann er auch nicht!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Bitte schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr freundlich von Ihnen. Bitte, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Lieber Kollege Tenhumberg, das finde ich ganz prima. Ich höre Ihnen mit großer Aufmerksamkeit zu. Deswegen würde ich jetzt gerne im Hinblick auf die kritische Würdigung der Anhörung, die Sie hier bereits ausgeführt haben, fragen: Wie beurteilen Sie eigentlich die Grundanlagen und die Defizite von KiBiz, die ja durch Herrn Laschet in der Zeit von Schwarz-Gelb hier angelegt worden sind? Und was präsentieren Sie uns denn heute als Haushaltsantrag der CDU? Was möchten Sie in das KiBiz zusätzlich investieren?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Bernhard Tenhumberg (CDU): Liebe Frau Kollegin, ich möchte bei Ihnen persönlich nicht unterstellen, dass Sie unsere Anträge nicht gelesen haben. Aber ich verweise auf drei Anträge: den vom Dezember, den vor der Beratung und den heute eingereichten Antrag.

(Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] und Andrea Asch [GRÜNE])

Wenn Sie insbesondere den letzten Satz deutlich lesen, wissen Sie genau die Konzeption. Im Übrigen: Die Interpretationen von Ihnen aus den Anhörungen kann ich nicht nachvollziehen. Nennen Sie mir doch aus dieser Anhörung einmal irgendjemanden – auch aus dem Protokoll; Sie können es gerne nachlesen –, der gesagt hat: Wir wollen dieses KiBiz nicht.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Keiner hat es gesagt, keiner will zurück zum GTK. Es geht um die Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes.

(Beifall von der CDU)

Es muss mit Inhalt gefüllt werden, und es muss Qualität, Qualität, Qualität festgeschrieben werden. Das machen Sie nicht; das ist unser Vorwurf.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, gleichzeitig wollen Sie mit dem Rechtsanspruch auf ein Mittagessen für etwa 90 % der Kitakinder das Angebot ausweiten, aber nur 7,69 € pro Tag bezahlen, und das alles vor dem Ergebnis der Studie der Bertelsmann Stiftung, dass in vielen Einrichtungen überhaupt keine geeigneten Küchen und keine Speiseräume vorhanden sind.

(Walter Kern [CDU]: Ja, das ist die Wahrheit!)

Meine Damen und Herren, mit dem neuen Förderinstrument „plusKITA“ wollen Sie benachteiligte Sozialräume wie bei den Familienzentren fördern. Von den über 9.000 Kitaeinrichtungen erhalten nur 1.800 Einrichtungen diese Mittel. Mehr als 80 % der Einrichtungen, vorrangig im ländlichen Raum, bekommen gar nichts. Sie gehen leer aus,

(Jochen Ott [SPD]: Die Mittel gehen dahin, wo die sozialen Probleme sind!)

obwohl auch hier zusätzlicher Bedarf besteht. 20 % bekommen etwas, 80 % werden allein gelassen.

(Zuruf von der SPD: Ungleiches wird ungleich behandelt!)

Das nenne ich ungerecht und unfair gegenüber Eltern, Kindern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Tageseinrichtungen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, für die Sprachförderung soll in Zukunft etwas weniger Geld zur Verfügung gestellt werden. Das hört sich erst einmal nicht sehr dramatisch an.

(Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] und Andrea Asch [GRÜNE])

Aber Sie hebeln mit Ihrem Gesetz den individuellen Anspruch auf Sonderförderung aus. – Frau Asch, Ihre Zwischenrufe veranlassen mich, wieder darauf hinzuweisen: Lesen Sie doch endlich einmal den Haushaltsplan! Im Haushaltsplan stehen 27,6 Millionen €.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Sie reden jetzt hier über 25 Millionen €. Und wenn ich heute sage „etwas weniger Mittel“ dann sind diese über 2 Millionen € „etwas weniger Mittel“. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis!

(Weiterer Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Aber okay, Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Die Wirklichkeit auszublenden, ist auch kein Mittel, um die Situation zu verbessern.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Ich war bei der Sprachförderung. Für die Sprachförderung sollen also etwas weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie hebeln damit den Grundsatz des individuellen Anspruchs auf Sprachförderung aus. 50 % der Einrichtungen gehen leer aus, obwohl auch hier viele Kinder sind, die einen anerkannten Förderbedarf haben. Das nenne ich ebenfalls ungerecht. Es dient nicht der Chancengleichheit und widerspricht dem Anspruch „Kein Kind zurücklassen!“

Was steht nun nicht im Gesetz? – Das Problem der Nichtauskömmlichkeit des heutigen Finanzierungssystems wird nicht gelöst. Sie verweigern sich einer angemessenen Neuregelung zum Beispiel über einen Lohnkostenindex. Die übermäßige Belastung der Erzieherinnen und Erzieher wird durch weitere Arbeitsverdichtung zusätzlich verschärft und wird zu noch höheren Krankheitsständen führen. Durch neue Verwendungsnachweise und Dokumentationspflichten erhöhen Sie massiv den Verwaltungsaufwand, was gleichzeitig zu einer Reduzierung der pädagogischen Arbeit am Kind und der Elternarbeit führt.

Das Katholische Büro drückt es in seiner Stellungnahme wie folgt aus:

„Zentraler Punkt eines Gesetzes zur Regelung von Fragen im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen muss das Wohl des Kindes sein. Wie dem mit einem im Regierungsentwurf angelegten deutlich steigenden Trägerrisiko und erheblichem Mehraufwand durch weitere ... Verwendungsnachweise Rechnung getragen werden soll, erscheint nicht nachvollziehbar.“

Meine Damen und Herren, das ist ein vernichtendes Urteil. An dieser Stelle müssten Sie eigentlich den Gesetzentwurf zurückziehen. Tun Sie es!

(Beifall von der CDU)

Sie tun uns allen damit einen Gefallen, den Kindern und den Eltern dieses Landes besonders. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Liebe Besucherinnen! Herr Tenhumberg, Ihr Vortrag hat mich an eine Situation erinnert, die wir vor ungefähr drei Wochen in Dortmund hatten. Dort gab es eine Diskussion an-

lässlich des Kitaleitungskongresses. Es waren mehrere Hundert Kitaleiterinnen und -leiter im Saal. Dort haben Sie ähnlich vorgetragen. Herr Tenhumberg, Sie erinnern sich gut, was Sie geerntet haben: Sie haben höhnisches Gelächter bei den Kitaleitungen geerntet.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen natürlich, dass Sie sich in einer schwierigen Situation befinden. Sie tragen die Verantwortung für das grundlegende Gesetz, und gleichzeitig bemühen Sie sich jetzt krampfhaft, uns bei unseren notwendigen Reformschritten irgendwie am Zeug zu flicken. Heraus kommt eine völlig übertriebene, aufgeplusterte Fundamentalkritik, die wir eben gehört haben. Das ist einfach nicht ernst zu nehmen; das ist keine seriöse Oppositionsarbeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nicht ernst zu nehmen sind auch Ihre Anträge, die Sie hier vorgelegt haben. Wir waren ja alle gespannt. Ich kann mich erinnern: Bei der Einbringung habe ich – und das haben auch Kolleginnen und Kollegen wie Britta Altenkamp und Herr Jörg getan – meine Rede mit der Spannung darauf beendet, wie Sie denn, wenn Sie das so kritisch sehen, was wir hier an Reformschritten unternehmen, Ihre Kritik in Veränderungsanträge einmünden lassen.

Und was finden wir vor? Was mussten wir im Ausschuss entgegennehmen? Diese Anträge haben den Charakter von „Wünsch dir was“-Politik: Wir wollen die Kitas schöner und besser haben. – Sie haben keine konkrete Maßnahme vorgeschlagen geschweige denn, dass Sie in irgendeiner Form beziffert hätten, wie Sie denn das, was Sie alles schöner und besser machen wollen, bezahlen wollen. Das ist nicht nur unseriöse Oppositionspolitik, das ist zutiefst unseriöse Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Sie haben weder eine Kostenkalkulation für das, was Sie blumig beschreiben, noch haben Sie Deckungsvorschläge. In den Haushaltsdiskussionen, die Sie unter den Finanzpolitikern führen, wird klar die Intention der CDU-Fraktion deutlich. Die Intention ist nicht, mehr Geld in die Kitas zu geben. Die Intention ist, den Haushalt bei der Bildung zu begrenzen und auch noch bei der Bildung zu sparen. Man muss sich nur einmal Ihre Haushaltsanträge durchlesen. Der Antrag von 2011 ist der klarste. Darin wollten Sie 250 Millionen € von dem wegstreichen, was wir als rot-grüne Koalition an Verbesserung in den Kitas eingeführt hatten. Das ist die Realität. Das ist die konkrete Politik der CDU-Fraktion.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir von Rot-Grün gehen anders vor. Mit diesem Gesetzentwurf legen wir die zweite Revisionsstufe des Kindergartengesetzes in

Nordrhein-Westfalen vor und bringen sie auf den Weg. Ich kann wiederholen, was Kollege Jörg gerade gesagt hat. Wir haben das in einem sehr breiten Beteiligungsprozess getan. Wir – sowohl Rot als auch Grün – haben unzählige Gespräche geführt mit Erzieherinnen und Erziehern, mit allen Akteuren, die in diesem Feld beteiligt sind. Wir haben gut zugehört. Wir haben übrigens auch bei der Sachverständigenanhörung sehr gut zugehört.

Eines ist klar und einhellige Rückmeldung, die wir erhalten haben sowohl in unseren Gesprächen als auch von den Sachverständigen: Rot-Grün ist mit dieser Gesetzesreform auf dem richtigen Weg. Die vorgenommenen Veränderungen sind notwendig und richtig. Das ist die einhellige Rückmeldung. Das können Sie nachlesen in den Stellungnahmen der Sachverständigen. Es wurde von allen so formuliert.

Ich möchte es kurz nennen. Die vielen Verbesserungspunkte kann man hier gar nicht im Einzelnen aufzählen. Dafür reicht meine Zeit leider nicht. Die Verfügungspauschale, für die wir 55 Millionen € mehr in die Hand nehmen, kann auch für Hauswirtschaftskräfte eingesetzt werden. Es ist uns nach der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Ergebnisse der Bertelsmann-Studie am Montag besonders wichtig, dass ein gesundes, frisch gekochtes Mittagessen in den Einrichtungen vorgehalten oder angeboten werden kann. Auch dazu sind diese 55 Millionen € jetzt einzusetzen. Das ist eine Qualitätsverbesserung, die den Kindern direkt zugutekommt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Zur Bildungsgerechtigkeit: Mit der „plusKITA“ schaffen wir mehr Gerechtigkeit gerade für die benachteiligten Kinder. Wir schaffen mehr Fördermöglichkeiten. Wir wissen, dass wir damit einen Schritt gehen, um die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen abzubauen.

Zur Sprachförderung: Auch Herr Tenhumberg weiß, dass überall gejubelt wird, dass wir endlich diesen Schritt gehen, dieses unsinnige Verfahren „Delfin 4“ abzuschaffen, bei dem die Stressresistenz oder die Tagesform der Kinder getestet wird, wir aber keine validen Aussagen über den Sprachstand der Kinder haben.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das machen wir jetzt im Alltag. Wir geben es in die Hände der Erzieherinnen und Erzieher, da, wo es hingehört. Alle Sachverständigen haben das ausdrücklich begrüßt.

Wir haben die Anhörung genutzt, um uns weitere Anregungen geben zu lassen. Wir haben einige Punkte in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Das ist die Stärkung der Waldkindergärten. Das ist vor allen Dingen die Inklusion in der Kindertagespflege. Das kam überhaupt nicht vor. Im KiBiz hat

es überhaupt keinen Niederschlag gefunden. Das werden wir jetzt mit dem 3,5-fachen Satz angehen. Wir werden die Elternmitwirkung nochmals stärken.

Alles das sind Punkte, von denen wir gesagt haben: Wir lernen. Wir nehmen das auf, was uns die Sachverständigen mitgegeben haben. Es sind noch einige mehr. Wir müssten eigentlich Applaus von den Piraten bekommen. Herr Wegner, Sie haben in der ersten Debatte bei der Einbringung des Antrags angeregt, die Kinderrechte explizit aufzunehmen und sie nicht nur zu beschreiben. Auch das haben wir getan.

Das ist uns besonders wichtig, weil wir darauf stolz sind. Wir sind stolz darauf, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Kinderrechte in der Landesverfassung verankert haben. Wir würden uns wünschen, dass das im Bund im Grundgesetz auch so nachvollzogen wird. Aber leider scheitert das wieder einmal an der CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, es ist ein gutes Gesetz, das wir hier auf den Weg bringen. Wir wissen, es ist ein weiterer Schritt. Wir sind noch nicht am Ende des Weges angekommen. Wir brauchen, um weitere Schritte gehen zu können – auch das ist allen klar, die sich seriös an dieser Debatte beteiligen –, die Unterstützung vor allem des Bundes und auch der Kommunen, damit wir weiter gemeinsam daran arbeiten können, dass die frühkindliche Bildung tatsächlich den Stellenwert erhält, den sie in unserer Gesellschaft verdient, und vor allem im Interesse unserer Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist heute kein glücklicher Tag für die Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen. Es geht heute um das zentrale Vorhaben dieser Landesregierung in dieser Legislaturperiode, nämlich darum, kein Kind zurückzulassen.

Wir müssen nach vier Jahren rot-grüner Regierungszeit feststellen, dass Sie damit gescheitert sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben vier Jahre Zeit gehabt, das Kinderbildungsgesetz zu evaluieren und sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen. Das haben Sie nicht gemacht. Sie machen die zweite Reform aus dem Bauch heraus. Wenn man etwas aus dem Bauch heraus macht, geht es meistens schief. Leider werden Sie heute diese schiefe Politik auch beschließen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Dieses Gesetz peitschen Sie in zwei Monaten durch das Parlament. Sie nehmen die Beratungen, die in den letzten Wochen und Monaten stattgefunden haben, nicht ernst. Das, was die Experten in der Anhörung auf den Tisch gelegt haben, findet kaum Berücksichtigung in den Änderungsanträgen. Ich glaube, dass das heute ein Schritt in die falsche Richtung ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Jörg und Frau Asch haben es eben wieder angesprochen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sie reden immer noch vom schwarz-gelben Kinderbildungsgesetz. Ich frage mich, wann Sie verstehen, dass Sie seit vier Jahren regieren und dass das nun ein rot-grünes Kinderbildungsgesetz ist, über das wir reden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben das schwarz-gelbe Kinderbildungsgesetz nicht verbessert, sondern in vielen Bereichen verschlechtert.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Das ist leider der Fakt, über den wir hier reden. Nehmen Sie einmal das ernst, was Sie von den Erzieherinnen und Erziehern, von den Kitaleitungen, von den Trägern in diesem Land hören. Lesen Sie die Anträge von CDU und FDP. Dort sind die Probleme vor Ort ernsthaft beschrieben. Man kann das tatsächlich umsetzen.

(Zuruf von der SPD)

Frau Beer, Sie müssen Ihre eigenen Ansprüche an der Kritik messen lassen, die Sie in den ganzen Jahren geübt haben, als wir regiert haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Sie, Frau Beer, sind im Ergebnis an jedem Punkt gescheitert. Ich möchte das auf den Punkt bringen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Hafke, bevor Sie es auf den Punkt bringen, frage ich Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jörg zulassen.

Marcel Hafke (FDP): Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte.

Wolfgang Jörg (SPD): Herzlichen Dank, lieber Marcel Hafke, dass Sie mir die Möglichkeit einräumen, eine Zwischenfrage zu stellen. Wenn ich rich-

tig informiert bin, kommen Sie aus der Stadt Wuppertal. Wuppertal ist ja eine Stadt, die mit vielen sozialen Problemen belastet ist. Die Stadt Wuppertal bekommt jetzt durch den zweiten KiBiz-Revisions-schritt rund 1,4 Millionen € mehr. Empfinden Sie das als große Belastung?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Herr Jörg, das große Problem ist, dass während der Regierungszeit der SPD in den 80er- und 90er-Jahren

(Zuruf von der SPD)

die kommunale Landschaft finanziell ausgeblutet wurde, sodass eine Stadt wie Wuppertal im Moment in so einer Haushaltsschieflage ist, dass sie keine Investitionen im U3-Bereich vornehmen kann. Das ist die derzeitige Lage.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben in Ihrer Verantwortung für Nordrhein-Westfalen den großen Fehler gemacht.

Da Sie die finanzielle Situation angesprochen haben, möchte ich es auf den Punkt bringen:

Der erste Anspruch, Herr Jörg, den gerade Sie immer wieder nennen, ist die finanzielle Entlastung vor Ort. Sie nehmen jetzt eine Verfügungspauschale von 55 Millionen € und 45 Millionen € für die plus-KITAs. Das hört sich wunderbar an. Ganz toll! Aber was heißt das denn konkret, wenn Sie 55 Millionen € mit der Gießkanne ausschütten? Wir haben 9.300 Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Was ist Ihr Vorschlag, Herr Hafke?)

Das bedeutet durchschnittlich 500 € monatlich pro Kita. Davon kann eine Kita noch nicht einmal eine 450-€-Kraft einstellen. Was ist das denn für eine Entlastung? Das kompensiert noch nicht einmal die gestiegenen Personalkosten der letzten Jahre. Das heißt, mit diesem Anspruch sind Sie schon einmal gescheitert.

(Beifall von der FDP)

Zweitens. Sie haben gesagt, Sie wollten die Erzieherinnen entlasten. Sie geben – das gestehe ich ein – etwas mehr Geld in die Kitas. Auf der anderen Seite packen Sie aber den Erzieherinnen in den Kitas neue Aufgaben auf den Schoß, nämlich die Dokumentationspflichten. Ich habe es bereits bei der Einbringung gesagt: Demnächst haben wir eine Dokumentation wie im Altenheim.

(Britta Altenkamp [SPD]: Schwachsinn! Sie wissen nicht, worüber Sie reden!)

Neue Aufgaben, mehr Bürokratie und zusätzliche Aufgaben wie die Sprachförderung werden den Erzieherinnen auferlegt.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das wird im Ergebnis zu einem Praxisschock führen. Das haben Ihnen, Frau Altenkamp, die Erzieherinnen in der Anhörung auch mit auf den Weg gegeben. Auch in diesem Punkt sind Sie also gescheitert.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, wieder gibt es den Wunsch, Sie befragen zu dürfen, diesmal vonseiten der Frau Kollegin Asch. Lassen Sie die Frage zu?

Marcel Hafke (FDP): Gerne, Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Hafke, für die Möglichkeit, Sie zu fragen.

Erstens. Ist Ihnen bekannt, dass die Bildungsdokumentation von Ihnen selbst, nämlich der FDP- und der CDU-Fraktion, im KiBiz verankert wurde und dass sich der damalige Landesminister Armin Laschet immer damit gerühmt hat, dass jetzt zum ersten Mal diese Dokumentation vorgenommen werden muss?

Zweitens. Wenn Ihnen das alles zu wenig ist, was wir machen, dann frage ich Sie: Was ist Ihr konkreter Vorschlag? Was schlagen Sie vor, außer das zu kritisieren und herumzumäkeln? Wie viel Geld wollen Sie als FDP-Fraktion denn in die Hand nehmen, um die Kitas besser aufzustellen?

Marcel Hafke (FDP): Frau Asch, es ist schon hochinteressant, dass Sie aus einer Frage immer zwei machen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Bei der Einführung des Kinderbildungsgesetzes, bei dem Systemwechsel, war doch nicht alles richtig. Das hat doch niemand hier gesagt.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN. Ah!)

– Frau Asch, hören Sie eigentlich auch einmal zu? Das sage ich jetzt seit vier Jahren.

(Beifall von der FDP)

Und seit vier Jahren sage ich Ihnen auch, dass die Bürokratie in den Kitas abgebaut werden muss. Sie jedoch machen genau das Gegenteil, indem Sie neue Aufgaben und neue Bürokratien in die Kitas bringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jede zusätzliche Pauschale ist mit Bürokratie belegt. Statt einfach die Kindpauschalen zu erhöhen – das war unser Vorschlag – und mit einem Lohnindex zu versehen, damit es tatsächlich eine Verbesserung gibt, führen Sie zusätzliche Pauschalen ein, und die Erzieherinnen müssen das zusätzlich mit

abarbeiten, und das für 500 € mehr im Monat. Das ist doch ein Witz!

(Beifall von der FDP)

Frau Asch, Sie reden und reden und reden seit Jahren. Seit vier Jahren haben Sie die Chance, das zu verändern. Ich fände es richtig, wenn Sie das, was Sie hier sagen, auch einmal ernst nähmen und das in den Gesetzgebungsprozess mit einfließen lassen würden.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das nächste Thema ist die alltagsintegrierte Sprachförderung. Das hört sich auch wunderbar an. Aber was soll das heißen? In Zukunft werden die Erzieherinnen das nebenbei und zusätzlich machen müssen, also auch noch obendrauf.

(Britta Altenkamp [SPD]: Mensch, Herr Hafke!)

So sieht die Realität leider aus. Sie rühmen sich damit, Frau Altenkamp, dass Delfin-4-Verfahren abzuschaffen. Aber behaupten Sie nichts Falsches! Sie schaffen das Delfin-4-Verfahren nicht für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen ab. Für 10 % der Kinder bleibt das Delfin-4-Verfahren bestehen. Wenn das Delfin-4-Verfahren doch so schlimm ist, dann frage ich Sie: Sind Ihnen diese 10 % der Kinder in diesem Land eigentlich nichts wert? Machen Sie für diese Kinder in Nordrhein-Westfalen keine Politik?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Das ist die Realität: Sie greifen sich einige heraus, und die anderen lassen Sie im Regen stehen. Das hat nichts mit der Politik „Kein Kind zurückzulassen“ zu tun, sondern das ist genau das Gegenteil.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Frau Altenkamp, ich führe das gerne weiter aus. Sie unterscheiden nicht nur zwischen Kitakindern und Nicht-Kitakindern, sondern Sie unterscheiden auch noch zwischen Kindern, die im städtischen Raum leben, und Kindern, die im ländlichen Raum leben, und zwar bezüglich der Mittelverteilung für die Sprachförderung. Der Kollege Tenhumberg hat dies bereits angesprochen. Sie kürzen die Mittel für die Sprachförderung von 27,5 Millionen € auf 25 Millionen €. Aufgrund dieser Verteilung, die Sie jetzt auf den Weg bringen, werden von 186 Jugendämtern – hören Sie gut zu – 112 Jugendämter schlechter gestellt. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Jugendämter im ländlichen Raum.

Da die Frau Ministerin und auch Sie das nie wahrhaben wollen – auch in der Ausschusssitzung in der vergangenen Woche haben Sie das nicht wahrhaben wollen –, haben wir uns einmal die Mühe gemacht und das aufgelistet. Ich möchte Ihnen einmal

die Beispiele nur zum Thema „Sprachförderung“ mit auf den Weg geben: der Kreis Soest minus 90.000 €, Kreis Warendorf minus 59.000 € – das sind 64 % weniger –, der Kreis Kleve 35.000 € weniger – das sind 70 % weniger –, Kreis Herford 41.000 € weniger, Märkischer Kreis 36.000 € weniger, die Stadt Remscheid 34.000 € weniger – das sind 68 % weniger –.

Sie verteilen das Geld nicht nach Bedarf, sondern nach Statistiken. Das ist der Fehler. Ihre Grundhaltung, Ungleiches ungleich zu fördern, führt dazu, dass manche Kinder auf der Strecke bleiben. Sind Ihnen diese Kinder eigentlich nichts wert? Ist es nicht vernünftiger, nach Bedarf zu fördern? Das wäre doch der richtige Ansatz.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich finde es ein ungeheuerliches System, das Sie hier auf den Weg bringen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ungeheuerlich sind Ihre falschen Behauptungen!)

Sie lassen damit die Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, im Regen stehen. Das hat nichts mit einer vernünftigen Politik für Kinder und Jugendliche und schon gar nichts mit einer vernünftigen Sozialpolitik zu tun. Auch an diesem Anspruch sind Sie gescheitert.

Ein vierter Punkt, den ich Ihnen mit auf den Weg geben möchte, ist Folgender: Auch bezüglich der Tagespflege finden wir im Gesetz keine relevanten Verbesserungen. Ganz im Gegenteil! Wir werden demnächst die Situation haben, dass die Tagespflege in manchen Bereichen zum Aussterben verdammt ist, weil Sie das Zuzahlungsverbot einführen, ohne den Kommunen dafür das Geld mit auf den Weg zu geben.

Das kommt fast einem Berufsverbot für Tagesmütter gleich.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Hafke, es wird Sie kaum überraschen, es gibt schon wieder den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Marcel Hafke (FDP): Interessant, wir hatten das Thema letzte Woche schon einmal im Ausschuss behandelt. – Aber gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Offenbar gibt es Gesprächsbedarf. –

(Zuruf von der SPD: Sie haben echt nicht zugehört; sonst würden Sie nicht so einen Quatsch erzählen!)

– Vielleicht können wir es abarbeiten, Frau Kollegin. – Herr Kollege Zimkeit hat sich gemeldet. Würden Sie die Frage zulassen? Ich vermute ja.

Marcel Hafke (FDP): Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Sie haben das Wort.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Schönen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben eine lange Reihe von Behauptungen aufgestellt, was an diesem Gesetz falsch ist. Ich möchte Sie fragen, warum Sie, wenn alles so falsch und so schlimm ist, nicht einen einzigen Änderungsantrag zum Gesetz in das Plenum eingebracht haben, um es konkret zu verändern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Marcel Hafke (FDP): Das sage ich Ihnen gerne. Ich habe erstens keine Behauptungen aufgestellt, sondern meine Ausführungen spiegeln das wider, was uns die Praktiker vor Ort, die Erzieherinnen und die Eltern, erzählt haben.

Warum bringen wir zweitens keinen Änderungsantrag ein? Ein schlechtes Gesetz braucht man nicht zu verändern. Das lehnt man einfach ab,

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

um im Ergebnis eine vernünftige Haltung auf den Weg zu bringen. Das haben wir in unserem Entschließungsantrag klargemacht. Ich hoffe, Sie haben ihn gelesen. Darin steht, was uns die Erzieherinnen und die Eltern gesagt haben.

(Beifall von der FDP und Walter Kern [CDU])

Sie schütteln mit dem Kopf. Das ist die Arroganz der Macht, wenn man nicht einmal die Entschließungsanträge der Opposition liest. Das ist Ihr Problem. Lesen Sie die Entschließungsanträge, dann können Sie auch mitreden!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da Sie glauben, Sie hätten alles wunderbar gemacht, und wir lebten in einer rosaroten Welt, möchte ich noch mal auf den Punkt bringen, zu welchen Themen Sie überhaupt keine Anstrengungen unternommen haben; sie stehen gar nicht im Gesetz.

Im Gesetz steht nichts von bedarfsgerechten Angeboten.

Das Thema „Flexible Öffnungszeiten“ ist schwammig formuliert: ohne konkrete Lösung.

Im Gesetz steht kein Satz zum tatsächlichen Wahlrecht bei den Buchungszeiten zwischen 25, 35 und

45 Stunden und erst recht kein Wort zu den fehlenden Plätzen für über Dreijährige.

Sie haben sich also noch nicht einmal die Mühe gemacht, irgendwelche Ansprüche zu formulieren.

Deswegen fordern wir Sie auf, das Kinderbildungsgesetz richtig zu evaluieren, insbesondere das Finanzierungssystem, um Lösungen erarbeiten zu können, die den Betroffenen tatsächlich helfen.

Wie fordern Sie auch auf, die Entlastung der Erzieherinnen beim Thema „Bürokratie“ ernst zu nehmen, auf den Weg zu bringen und nicht zu einer Verschlechterung beizutragen.

Wir fordern Sie auf, den Bereich Betreuungszeiten zu verbessern.

Wir fordern Sie auch auf, die Tagespflege ernst zu nehmen und die Situation der Tagesmütter nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir fordern Sie auf, das Thema „Sprachförderung“ ernst zu nehmen und jedem Kind, das eine Unterstützung braucht, diese auch zukommen zu lassen.

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Und wir fordern Sie auf, Betriebskindergärten und privatgewerbliche Anbieter ernst zu nehmen – dazu haben Sie nichts geschrieben – und die Engpässe bei der Kinderbetreuung für über Dreijährige zu beseitigen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: „Privat vor Staat“ gibt es auch in der Kita!)

Abschließend: Nehmen Sie die Evaluation ernst! Bringen Sie vernünftige Gesetze ein! Dann haben Sie die FDP an Ihrer Seite. Wir sind dabei, wenn es um Qualität geht

(Zurufe von der SPD)

und nicht um eine Verschlechterung, wie Sie sie hier auf den Weg bringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Wegner das Wort.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Kurz vorweg, Frau Asch, auf die Kinderrechte werde ich gleich in meiner zweiten Rede eingehen. Deswegen werden sie im ersten Teil nicht vorkommen.

Die zweite Revision des Kinderbildungsgesetzes ist ein Versprechen an die Eltern und Kinder in Nordrhein-Westfalen; ein Versprechen, das die frühkindliche Bildung in den Kitas besser werden wird; ein Versprechen, und das ist jedem Menschen klar, der ein wenig rechnen kann und die finanzielle Situation der Kitas vor Ort kennt; ein Versprechen, das die Kitas vor Ort nicht werden einhalten können, weil ihnen das dazu nötige Geld fehlen wird.

Liebe Landesregierung, Sie können die Bildungsgrundsätze und Bestimmungen so viel verbessern, wie Sie wollen – das haben Sie ohne Zweifel getan –, aber solange Sie die allgemeine Finanzierung, also die Kindpauschalen, nicht angemessen erhöhen, werden diese Verbesserungen bei den meisten Kindern nicht ankommen. Denn die Kitas sind schon heute zumindest an den Grenzen ihrer personellen Möglichkeiten angekommen.

Die individuelleren Lernprozesse und die Dokumentation all dessen wird die Erzieherinnen und Erzieher vor Ort Zeit kosten, Zeit, die Sie schon heute nicht ausreichend haben.

Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich Herrn Prof. Dr. Rainer Strätz von der Fachhochschule Köln von der Fakultät für Sozialwissenschaften, zitieren, der in der Anhörung zu den Bestimmungen des Bildungsbegriffes Folgendes gesagt hat:

„Ich frage mich bei manchen Bestimmungen nur: Was heißt das denn in Euro? Wenn formuliert wird, dass Lernprozesse sehr individualisiert stattfinden müssen und Bildungsarbeit dementsprechend auch individualisiert stattfinden muss, dann bedeutet das, dass sich die Aufgabe der Erzieherinnen grundlegend verändert: weg von einer nur als Gruppenpädagogik oder Kleingruppenpädagogik aufgefassten Vorgehensweise hin zu einer sehr individualisierten Planung, Durchführung und Reflexion der pädagogischen Arbeit.“

Es gab in Baden-Württemberg einen Modellversuch unter dem Stichwort ‚Individuelles Curriculum‘, in dem das erprobt worden ist. Das Ergebnis war, dass die heutigen Rahmenbedingungen bei Weitem nicht ausreichen, um dem Anspruch gerecht zu werden.“

Es bleibt festzuhalten, aufgrund der nicht ausreichenden jährlichen Anpassung der Kindpauschale sinken die finanziellen Möglichkeiten der Kitas von Jahr zu Jahr. Aufgrund dieser sinkenden finanziellen Möglichkeiten sind viele Kitas schon heute am Rande ihrer personellen Möglichkeiten angelangt oder haben diesen Rand bereits überschritten. Die neuen Bildungsgrundsätze und Bestimmungen benötigen Zeit – Zeit der Erzieherinnen und Erzieher vor Ort, Zeit, von der sie schon heute zu wenig haben.

Das kann nicht funktionieren, liebe Landesregierung, das widerspricht allem logischen Denken.

Liebe Landesregierung, solange Sie die jährliche Anpassung der Kindpauschale nicht angemessen erhöhen – wir Piraten forderten in unserem Änderungsantrag im Ausschuss eine Erhöhung auf 3 % –, wird die Qualität in den Kitas zwangsläufig immer weiter abnehmen müssen, egal wie gut Ihre Bildungsbildungsätze und Bestimmungen auch immer sein mögen.

Mit der zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes machen Sie auf der einen Seite im Bildungsteil ein Versprechen, das Sie auf der anderen Seite, im Finanzierungsteil, selber nicht einhalten.

Wir Piraten sagen: Keine Bildung ist viel zu teuer.

(Beifall von den PIRATEN)

Das bedeutet, dass in Bildung investiert werden muss. Bildung kostet nun einmal Geld, und je höhere Qualitätsansprüche man an die Bildung stellt, umso mehr Geld muss man investieren. Es ist aber immer gut investiertes Geld – gut investiert in die Zukunft der Menschen, die in den letzten Jahren geboren wurden, die ihr Leben noch vor sich haben und die Zukunft gestalten müssen.

Diese Menschen, ihr Leben und ihre Zukunft sollte es Ihnen und uns allen im wahrsten Sinne des Wortes wert sein, mehr zu investieren; denn nicht nur keine, sondern auch billige Bildung ist viel zu teuer. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Ich kann nur sagen, Herr Tenhumberg und Herr Hafke: Wenn Sie etwas weniger vehement und etwas weniger laut hier auftreten würden, wären Sie weitaus glaubwürdiger.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Auftritt hier war für mich so unglaublich,

(Zurufe von der FDP)

dass Sie sich lächerlich machen mit Ihren Argumenten. Man kann zwischen Ihnen beiden solche Differenzen erkennen, dass es einem den Atem verschlägt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Wer muss sich das denn anhören?)

Vielleicht stimmen Sie sich erst einmal untereinander ab, und dann treten Sie hier gemeinsam auf. Als Opposition sind Sie so nicht zu gebrauchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie. Es gibt schon den Wunsch, Ihnen eine Zwischenfrage stellen zu dürfen, und zwar von Herrn Professor Sternberg. Würden Sie die zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, bitte.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Ministerin, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich stelle vermehrt fest, dass die Minister – die Regierung – die hier im Parlament Gäste sind, Redebeiträge von Abgeordneten beurteilen. Halten Sie das für angemessen?

(Beifall von der CDU und der FDP – Andrea Asch [GRÜNE]: Was hat das denn damit zu tun?)

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ich glaube, Sie erinnern sich noch gut an Ihren Herrn Minister Wittke in diesem Plenarsaal. Da würde ich an Ihrer Stelle doch einmal etwas vorsichtig sein mit solchen Aussagen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben die frühe Bildung zu einem Schwerpunkt in der Landespolitik gemacht. Wir haben uns 2010 das Ziel gesetzt, das Kinderbildungsgesetz schrittweise zu reformieren und die gesetzlichen Grundlagen frühkindlicher Bildung zu erneuern.

Wir können mit Fug und Recht sagen: Dabei sind wir einen Riesenschritt vorangekommen. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir auch mit den Menschen, die betroffen sind, gesprochen; denn bevor wir diese Schritte unternommen haben, haben wir in allen Teilen des Landes Regionalkonferenzen durchgeführt.

(Zuruf von der FDP: Haben Sie da auch zugehört?)

Wir haben es sehr ernst genommen, was uns die Menschen, die in den Kitas arbeiten, mit auf den Weg gegeben haben, und wir haben es Zug um Zug umgesetzt. Vor allem eines ist wichtig: Es gibt wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit der Kitapolitik des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Auf dieser Basis von Vertrauen und umfassender Beteiligung konnten wir gemeinsam mit den Kommunen, mit den Trägern, den Beschäftigten und den

Eltern die frühe Bildung in Nordrhein-Westfalen an vielen wichtigen Stellen stärken. Die frühe Bildung in Nordrhein-Westfalen hat heute den Stellenwert, der ihr gebührt: als gesellschaftspolitischer Schlüsselbereich, der wichtige Perspektiven für die Kinder und für die Familien bei uns im Land ermöglicht. Das ist ein politischer Paradigmenwechsel, den wir hier in Nordrhein-Westfalen geschafft haben.

Herr Tenhumberg, Sie haben eben die Enquetekommission zitiert, in der Ihr Kollege Herr Kern, der neben Ihnen sitzt, mitgewirkt hat. Sie haben gesagt, die Enquetekommission habe uns vieles mit auf den Weg gegeben, was wir berücksichtigen sollten. Nur: Während die Enquetekommission gearbeitet und Ergebnisse produziert hat, haben Sie das erste Kinderbildungsgesetz auf den Weg gebracht und offensichtlich nichts von dem berücksichtigt, was in dieser Enquetekommission diskutiert worden ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Unter anderem möchte ich darauf hinweisen, dass wir seit 2010 die Landesmittel für die frühe Bildung nahezu verdoppelt haben, auf mehr als 2 Milliarden €. Als wir die Regierung übernommen hatten, haben wir keinerlei Vorsorge für einen einzigen Euro investiver Landesmittel vorgefunden – im Gegenteil: Sie haben zu Ihrer Zeit die Kasse mit 8 Millionen € geräubert, mit der Reinvestitionen in Kitas vorgenommen werden sollten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Entgegen aller politischen Unkenrufe stehen wir auch gut da beim U3-Ausbau. An diese Diskussion kann ich mich auch noch gut erinnern. Wir haben ein wichtiges Etappenziel erreicht und die Trendwende in Nordrhein-Westfalen geschafft. Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen dauerhaft und verlässlich weiter unterstützt wird.

Außerdem investieren wir in die Qualität der frühen Bildung. Wenn sich Nordrhein-Westfalen bei der Personal-Kind-Relation jetzt im oberen Drittel im Ländervergleich bewegt, dann hat das nicht zuletzt etwas mit den Maßnahmen zu tun, die wir in diesen vier Jahren für die Kindertageseinrichtungen ergriffen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wer war das denn noch mal, der die Kinderpflegerinnen aus den Kitas verbannen wollte? Waren das nicht die Abgeordneten von CDU und FDP? Und haben sie es nicht auch getan?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Andrea Asch [GRÜNE]: Ganz genau!)

Ausbau und Qualitätssicherung gehen für uns Hand in Hand. Das werden wir mit der nächsten Stufe der Revision des Kinderbildungsgesetzes konsequent fortführen. Wir haben ganz klare Ziele: Das sind vor

allem die gesetzliche Stärkung des Bildungsauftrages und die gemeinsame Verständigung über unsere Bildungsziele im Elementarbereich.

Dieser Punkt ist in der Anhörung ausdrücklich gewürdigt worden. Ich glaube, jetzt kann man sagen, dass das Kinderbildungsgesetz seinen Namen wirklich verdient.

(Vereinzelt Lachen von der FDP)

Jetzt ist auch Bildung drin.

Wir setzen uns ein für mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Bildungschancen für alle Kinder. Wir wollen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Personal, und wir wollen mehr Planungssicherheit für die Träger, aber eben auch für die Beschäftigten. Wir wollen auch eine Verbesserung der Bedarfsgerechtigkeit des Angebotes mit dem Verfahren zur Bedarfsanzeige, mit der Möglichkeit des Ausgleichs bei der Betreuung von Kindern aus anderen Kommunen sowie mit dem Verbot der Extrazahlungen von Eltern, die ihre Jüngsten in der Kindertagespflege betreuen lassen.

In diesem Zusammenhang noch einmal Folgendes an die Adresse der FDP, Herr Hafke: Für die Kindertagespflege gibt es eine Gebührenordnung, genauso wie für die Kitas. Im SGB findet sich die Verankerung, dass man keine Zuzahlung machen darf – ich weiß nicht, ob Ihnen das nicht klar ist –, sodass wir jetzt qua Gesetz noch einmal festgestellt haben, dass die Sache mit den Zuzahlungen eigentlich rechtswidrig ist. Wir haben also einen Zustand geheilt, der so nicht in Ordnung war.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dabei muss man allerdings bedenken, wie sich die Kommunen verhalten. Jede Kommune zahlt für jeden Kindertagespflegeplatz, und die Kommunen zahlen sehr unterschiedlich. Die eine Kommune zahlt 2,50 €, die andere Kommune zahlt 5,50 €. Bei einer Zahlung von 5,50 € – das wissen Sie – wird das Ganze erst auskömmlich.

Daher lautet meine Bitte an die Kommunen, dafür Sorge zu tragen, dass sie auch ihren Anteil bei der Kindertagespflege mit in die Finanzierung hineinnehmen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Hafke zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben eingangs ausgeführt, dass Sie mit

den Betroffenen ganz viel diskutiert haben, um dort Lösungen zu erarbeiten.

War es denn in Bezug auf die betroffenen Tagesmütter tatsächlich das Ziel zu sagen, dass die Zuzahlung gestrichen werden soll, weil es ihnen dann besser gehen würde? Oder ist es nicht vielleicht genau umgekehrt, dass die betroffenen Tagesmütter, wenn das Zuzahlungsverbot kommt, die ganz große Sorge haben, dass sie ihrem Beruf eben nicht mehr nachgehen können, weil die Kommunen – die meisten von ihnen in Nordrhein-Westfalen sind hochverschuldet – finanziell nicht in der Lage dazu sind? Wenn sie ihren Beruf aber nicht mehr ausüben könnten, blieben damit auch die Qualität und der Ausbau auf der Strecke.

(Beifall von der FDP)

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Hafke, ich weiß nicht, ob Sie bei der Anhörung im Ausschuss, als es um die Kindertagespflege ging, dabei waren. Ich erinnere mich sehr gut an diese Anhörung im Ausschuss. Da ist doch tatsächlich von einer der zur Anhörung Eingeladenen gesagt worden: Wenn die Zuzahlungen wegfallen, ist es für mich nicht mehr auskömmlich, diese Aufgabe zu machen. Wissen Sie, diese Dame kam aus der Stadt Paderborn. Die Stadt Paderborn zahlte zu der Zeit 2,50 €. Man kann jetzt nicht sagen, dass diese Kommune in der Haushaltssicherung ist, sondern das ist eine, die sehr wohl einen Anteil von 5 € bezahlen könnte. Das ist die reale Situation!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Sie waren – das weiß ich nicht – vielleicht nicht dabei. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Anhörung.

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt, Herr Hafke, den Sie im Ausschuss und hier heute auch noch einmal betont haben. Sie lehnen den Grundsatz, Ungleiches ungleich zu behandeln, ab. Offensichtlich stehen Sie für die Gießkanne, obwohl Sie ganz genau wissen – die Fachleute bestätigen uns das auch –, dass die, die es schwerer haben, mehr Unterstützung brauchen als andere. Hier haben wir offensichtlich in der Tat eine grundlegende Meinungsverschiedenheit. Ich finde nicht, dass, wenn jeder an sich selber denkt – wie Sie das offensichtlich tun –, an alle gedacht ist.

Wir gestalten unsere Politik mit dem Ziel, mehr Teilhabe für alle Kinder zu erreichen. Deswegen erhalten – jetzt hören Sie genau zu! – 185 Jugendämter mehr Geld für mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage noch einmal: Das Kreisjugendamt Warendorf erhält plus 145.000 € in toto.

(Marcel Hafke [FDP]: Aber nicht für Sprachförderung!)

Das Kreisjugendamt Soest erhält plus 135.000 € in toto für Bildungsgerechtigkeit, Herr Hafke! Die kriegen mehr Geld als vorher!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Jugendämter bekommen die Aufgabe, zu übernehmen, wie sie dieses Geld sinnstiftend einsetzen können.

Ihre Art, die Dinge falsch darzustellen, finde ich schon sehr bemerkenswert. Uns jedenfalls als Landesregierung ist eine passgenaue, individuelle und gleichberechtigte Förderung von Kindern sehr wichtig.

Kinder mit Behinderungen gehören für uns selbstverständlich mit dazu. Deswegen haben wir bereits mit dem 1. Änderungsgesetz die Voraussetzungen für Inklusion in den Kindertageseinrichtungen verbessert. Dass hier jetzt noch einmal auf Antrag bei der Kindertagespflege gleichgezogen wird, finde ich sehr begrüßenswert und sehr richtig.

Ich begrüße auch ausdrücklich die von den Regierungsfractionen eingebrachte Änderung des Zuschusses für die Kinder mit Behinderung in Kindertagespflege. Im Vergleich zum Regierungsentwurf wurde er noch einmal angehoben. Inklusion stellt eben erhöhte Anforderungen an die Förderung der Kinder. Dies gilt eben auch für die Kindertagespflege.

Wir haben viele Botschaften aus dem Land mitgenommen. Ich denke, unsere Verbesserungen zielen in die richtige Richtung. Das finanzielle Engagement des Landes wird ausdrücklich anerkannt; denn die zusätzlichen Landeszuschüsse führen dazu, dass in den Kommunen, ohne dass damit zusätzliche Aufgaben verbunden sind, deutlich mehr Mittel als bisher für die Kindertageseinrichtungen vorhanden sind.

Die 100 Millionen € in diesem Revisionschritt gehen 1:1 in die Qualitätsverbesserung der frühen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Im Ergebnis beider Revisionschritte haben wir ab dem Kindergartenjahr 2014/2015 jedes Jahr 390 Millionen € mehr für den Bereich der frühkindlichen Bildung zur Verfügung gestellt.

Im Gegensatz zu dem bisherigen Finanzierungssystem – das hat Wolfgang Jörg auch noch einmal gesagt –, bei dem Kommunen und Träger immer beteiligt waren und immer mitgemacht haben, erfolgen alle Verbesserungen seit 2011 – die erreichten und die jetzt geplanten – ausschließlich aus Landesmitteln und deshalb durch zusätzliche Pauschalen. Das wissen Sie auch ganz genau. Wir können das gar nicht anders als auf diesem Wege machen, wenn wir zusätzliches Geld zur Verfügung stellen wollen.

Ich will deutlich sagen: Eine umfassende Neugestaltung des Finanzierungssystems können wir als Land nicht allein stemmen. Das klappt bei der Haushaltssituation nicht. Dazu brauchen wir die Kommunen. Wir sind natürlich mit den Kommunen im Gespräch über weitere Möglichkeiten, die wir dann aber gemeinsam entwickeln müssen. Das gilt zum Beispiel auch für die Anhebung der jährlichen Anpassung, über die Sie gesprochen haben. Wir als Land können das nicht mal eben auch noch alleine schultern beziehungsweise obendrauf packen. Da erwarte ich, dass wir das gemeinsam mit den Kommunen entwickeln. So wird also zukünftig zu klären sein, wie im Zusammenwirken aller Beteiligten die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen weiter verbessert werden kann.

Ich möchte aber meine Rede nicht beenden, ohne all denen noch einmal zu danken, die uns unterstützt haben, sodass wir in diesen vier Jahren wirklich viel für die frühe Bildung, die Kinder und die Familien in Nordrhein-Westfalen erreichen konnten.

Sie wissen, mir liegt daran, dass wir das immer gemeinsam und auch ohne gegenseitige Schuldzuweisungen machen. Das hat geklappt. Es ist durch gemeinsame Anstrengungen möglich geworden. Diesen Prozess, diese Arbeit und diesen Dialog werden wir fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Bitte, seien Sie so nett und kommen noch einmal zum Rednerpult zurück, denn Herr Kollege Hafke hat sich für seine Fraktion zu einer Kurzintervention gemeldet. Er drückt jetzt den Knopf und erhält sofort für 90 Sekunden das Wort. Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen. Der eine betrifft das Thema „Ungleiches ungleich behandeln“. Ich glaube, so wie es die schwarz-gelbe Landesregierung damals angelegt hat, war es richtig, nämlich nach Bedarfen zu schauen und die Kinder nach Bedarf zu unterstützen.

Sie unterstützen – im umgekehrten Schluss – einige Kinder besonders und andere überhaupt nicht mehr. Wenn Sie die anderen Kinder nicht einfach im Regen stehen lassen würden, wäre ich ganz bei Ihnen. Ihre Politik führt aber dazu, dass einige Kinder in Zukunft gar keine Unterstützung bekommen werden.

Nehmen wir als Beispiel den Kreis Warendorf. Sie werfen in Ihrer Argumentation immer alles in einen Topf, und dann kommt natürlich mehr heraus. Die KITAplus-Mittel für Verfügungspauschale und Sprachförderung sind aber zweckgebunden. Sie können Äpfel nur mit Äpfeln vergleichen, also

Sprachförderung mit Sprachförderung. Dafür bekommt der Kreis Warendorf 60.000 € weniger.

Ich möchte es noch an einem anderen Beispiel festmachen, an dem der Stadt Sprockhövel. Die Stadt Sprockhövel bekommt in Zukunft 10.000 € Sprachfördermittel. Je Kindergarten dürfen sie 5.000 € ausgeben. Das heißt, zwei Kindergärten von zwölf bekommen in Zukunft Mittel für Sprachförderung. Die anderen zehn bekommen keine Mittel für die Sprachförderung.

Sie aber sprechen davon, Ungleiches ungleich zu behandeln, lassen aber zehn Kindergärten mit Kindern, die ebenfalls einen Sprachförderbedarf haben, einfach im Regen stehen. Das hat nichts mit einer Politik nach dem Motto „Kein Kind zurücklassen!“ zu tun. Das ist auch sozial nicht gerecht.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, Sie haben 90 Sekunden Zeit für Ihre Antwort. Bitte schön.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Gut, Herr Hafke, dass Sie eine Kurzintervention gemacht haben. Ich hatte nämlich noch etwas vergessen, das genau hier hineinpasst:

Wir schaffen Delfin 4 ab, weil es in den Kitas nicht gewünscht war. Sie haben die falsche Behauptung aufgestellt, wir würden 10 % der Kinder noch nach Delfin 4 testen. Das stimmt gar nicht. Wir testen nur die, die nicht in den Kitas sind, weil wir auch die erreichen wollen. Sie haben ein völlig falsches Bild konstruiert. Das wollte ich als Erstes sagen.

(Beifall von der SPD)

Wir betreiben jetzt alltagsintegrierte Sprachförderung, nicht extra, sondern alltagsintegriert. Wir setzen dafür die Sprachfördermittel ein, die Sie vorher auch eingesetzt haben, die anhand der sogenannten Tests ermittelt worden sind. Außerdem machen wir noch mehr: Wir starten eine Qualifizierungsoffensive für weitere 5 Millionen €, um die Teams in den Kitas zu stärken und auf diesem Weg zu begleiten, nicht aber nach dem Gießkannenprinzip, sondern wirklich nach Bedürftigkeit.

(Beifall von der SPD)

Wir krepeln das System auf Wunsch der Kindertageseinrichtungen und aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse völlig um. Das ist richtig, und das ist gut so. Wir werden das evaluieren lassen, um sicher sein zu können, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Denn Ihr System mit Delfin 4 war ein Gießkannenprinzip und hat nichts genützt. Das wissen Sie besser als ich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Soweit Kurzintervention und Entgegnungen darauf.

Wir schreiten fort. Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der letzten Ausschusssitzung hatte ich noch eine gewisse Zeit lang das Gefühl, dass die Lernkurve – insbesondere beim Kollegen Hafke – langsam aber sicher steil nach oben geht. Mitnichten! Sie haben in Ihrem heutigen Wortbeitrag exakt die gleichen – lassen Sie es mich so ausdrücken – „problematischen Erkenntnisse“, die Sie gewonnen haben, erneut präsentiert, ohne auch nur im Geringsten die Argumente, die Ihnen – auch schon mehrfach – entgegengehalten worden sind, aufzunehmen und zu bewerten. Herr Hafke, das ist ein Mittel der Rhetorik und der Politik. Das kann man zwar so machen, aber die Dinge werden nicht dadurch richtiger, dass man sie ständig wiederholt. Das muss man einfach feststellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mir gefällt sehr das Argument des Kollegen Tenhumberg, der sagt: Ihr von den regierungstragenden Fraktionen habt im Grunde genommen in der Anhörung – das zeigt Ihr mit eurem Änderungsantrag – die Hinweise überhaupt nicht ernst genommen. – Aber das Gegenteil ist der Fall. Das wissen Sie auch. In einigen Beratungen haben Sie das schon eingeräumt.

Ein Blick in die Vergangenheit hilft an der einen oder anderen Stelle doch: Zur Einbringung des sogenannten Kinderbildungsgesetzes hat der damalige Minister zum Beispiel der Kollegin Asch, als sie bestimmte Argumente genannt hat, entgegengehalten:

„Sie haben nichts anderes gemacht als das, was sich ver.di zum Ziel gesetzt hat. In der Tat habe ich mit ver.di nicht verhandelt. Wer nur emotional eskalieren will, wer auf dem Rücken der Kinder der Landesregierung Probleme bereiten will, ist für uns kein Gesprächspartner.“

Sehen Sie, das haben wir komplett anders gemacht, weil wir im Vorfeld zu diesem Revisions-schritt schon sehr viele Gespräche geführt haben, und zwar auch mit Leuten, von denen wir gewusst haben, dass sie nicht alles von Anfang an ganz toll finden werden. Deshalb ist es uns auch mit einer gewissen Schnelligkeit möglich gewesen, dieses Gesetz einzubringen.

Ich bleibe dennoch bei dem Argument, dass es nicht zu viel verlangt ist, dass sich dieses Hohe Haus einmal zügig in Beratungen begibt, damit die Menschen, die in den Kitas arbeiten, die Familien, deren Kinder die Kitas besuchen, zu Beginn des

nächsten Kindergartenjahres schnell von dem Geld, das wir mehr in die Kitas geben, profitieren können, dass das Geld ankommt. Das hat mit „Durchpeitschen“ beileibe nichts zu tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei der Gelegenheit ist mir wieder ein Argument des Kollegen Lindner eingefallen, der damals der Sprecher der FDP-Fraktion war und gesagt hat:

Die Kritik, die gestern von den Verbänden vorgetragen worden ist, die Kommunalisierung der Elternbeiträge, die Kopfpauschale, die angeblich eingeführt werden soll, die ominöse Quote beim Bedarf, sind – jeder, der sich im Detail mit dem Vorhaben befasst, weiß das – vorgeschobene Argumente.

Kollege Tenhumberg, Kollege Hafke, eines müssen Sie doch wohl mit uns gemeinsam konstatieren: In der Art und Weise, wie die Kollegen, die damals obwalteten, tätig geworden sind, haben wir uns mit Sicherheit nicht mit den Argumenten auseinandergesetzt. Das will ich einmal so deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will noch etwas zur Auskömmlichkeit der Pauschalen hinzufügen, weil das in der Zwischenzeit offensichtlich das Hauptargument ist, das der Opposition am Ende noch geblieben ist:

Bei der Einbringung des sogenannten Kinderbildungsgesetzes hat sich die Kollegin Kastner damals für die CDU-Fraktion sehr weit dazu ausgelassen, wie es überhaupt zu der Pauschalisierung gekommen ist und warum und wieso das ein sinnvolles Instrument ist.

Ihre Bemerkungen – ich zitiere – gipfelten damals darin:

„Die Kindpauschalen, die im Übrigen nicht wir errechnet haben, sondern die gemeinsam mit den Konsenspartnern ermittelt worden sind, sichern Fachkräfte ab und halten nicht nur das bisherige hohe Niveau, sondern verbessern es zum Teil.“

Das, Kollege Tenhumberg, ist die Wahrheit. Ich finde es mehr als bemerkenswert, dass Sie heute anerkennen, dass die Annahme der Kollegin Kastner, die für Ihre Fraktion gesprochen hat, damals falsch gewesen ist und heute umso falscher ist.

Das ist der Hauptgrund dafür, dass wir sagen, dass das ein Revisions-schritt ist. Wir gehen Schritt für Schritt vor. Wir werden gemeinsam – dafür brauchen wir die Kommunen – das Problem, das die Pauschalen zu niedrig sind und in Nordrhein-Westfalen wie in der gesamten Bundesrepublik die frühe Bildung unterfinanziert ist, nur dann lösen können, wenn wir das Problem gemeinsam angehen. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Dass Sie das in der Zwischenzeit auch anerkennen, dafür, Kollege Tenhumberg, Hochachtung!

Einen Moment noch zur Lernkurve des Kollegen Hafke. Und zwar geht es um die Frage nach der Bildungsdokumentation. Dazu hat er sich ja gerade noch einmal verbreitet und gemeint, dass die Bildungsdokumentation ein ungehöriger Mehraufwand sei.

Zur Einbringung des Kinderbildungsgesetzes hat die jetzt noch anwesende Kollegin Doppmeier damals gesagt: „Und mehr Qualität!“ – „Auch das haben wir. Denn wir haben die Bildungsdokumentation endlich einmal gesetzlich verankert. Das war vorher nur eine freiwillige Leistung.“

Herr Hafke, vielleicht sollten Sie sich einmal mit Ihrem damaligen Koalitionspartner darüber unterhalten, ob wir die Bildungsdokumentation jetzt neu einführen oder ob Sie das damals waren.

(Beifall von der SPD – Marcel Hafke [FDP]:
Haben Sie überhaupt zugehört? Arrogant!)

Denn damals gipfelte das Ganze darin, dass der Kollege Jarzombek von der CDU gesagt hat, mit diesem Kinderbildungsgesetz komme endlich Bildung in die Kita. Denn die Erzieherinnen hätten niemals Bildung gemacht.

Deshalb sind Ihre Vorhaltungen einfach falsch, Herr Kollege Hafke. Und deshalb können Sie auch nicht erwarten, dass irgendjemand von uns das dringende Bedürfnis hat, Sie an unserer Seite zu wissen. Das müssen Sie einfach nachvollziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion hat noch einmal Herr Kollege Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Asch, Sie treten hier als Moralapostelin auf und deuten die Vergangenheit eigenwillig, so wie es Ihnen gerade passt. Mit seriöser Politik und Diskussion hat das nichts mehr zu tun.

Und wenn Sie von unseriöser Haushaltspolitik sprechen, bleibt mir fast die Spucke weg. Sie sind dreimal vom nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof wegen unseriöser Haushaltspolitik verurteilt worden, nicht wir! Und Sie sprechen von unseriöser Haushaltspolitik?!

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD
und Sigrid Beer [GRÜNE])

Frau Ministerin, ich möchte noch einmal darauf eingehen, dass Sie sagen – ich halte es für etwas unangebracht, aber vielleicht haben wir Sie auch ein bisschen zu viel geärgert –: „Als Opposition sind Sie nicht zu gebrauchen“. – Gott sei Dank, Frau Ministerin, beurteilen das Verhalten sowie die Wertschät-

zung und den Erfolg einer Opposition in Nordrhein-Westfalen noch immer die Wählerinnen und Wähler und nicht Sie, die Frau Ministerin.

(Beifall von der CDU)

In der Hektik der Diskussion kann so etwas durchaus passieren. Aber ich möchte das noch einmal zurechtrücken. In einem demokratischen Staat wollen wir den Wählerinnen und Wählern und nicht der Ministerin die Chance geben, über unsere Arbeit zu entscheiden.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das haben Sie vor zwei Jahren gemacht!)

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen noch etwas auf den Weg geben: Auf die gleiche Weise, wie Frau Asch es manchmal tut, stellen auch Sie eine Vergangenheitsbetrachtung an, in der Sie Ihre eigene 40-jährige Zeit ausblenden. Sie sind es gewesen, die uns eine U3-Ausbauquote – die übrigens auf dem letzten Platz in ganz Deutschland lag – mit 11.800 Plätzen hinterlassen hat. Das haben Sie anscheinend vergessen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Aber ich will gar nicht in die Vergangenheit zurückgehen.

Ich möchte des Weiteren auf die sehr geschätzte Kollegin Frau Altenkamp eingehen. Sie sagten, Sie hätten auf ver.di gehört. Liebe Frau Kollegin Altenkamp, Sie hätten besser noch mehr auf die Gewerkschaften gehört. Dann hätten Sie diesen Gesetzentwurf nämlich noch weiter geändert. Denn ver.di und die anderen Gewerkschaften haben Ihnen doch deutlich erklärt, wie es um die Krankheitsgefährdungen und die Krankheitsstände steht und dass die zusätzlichen Belastungen nicht mehr hinnehmbar sind. Warum hören Sie denn nicht auf ver.di und die sonstigen Gewerkschaften? Dann hätten Sie auch ein besseres Gesetz gemacht.

Ich stimme Ihnen aber in einem Punkt ausdrücklich zu: Auch ich glaube, dass wir in der Kinder- und Jugendpolitik auf mehr Gemeinsamkeit setzen sollten. In dieser Hinsicht bin ich bei Ihnen. Aber, Frau Kollegin, das setzt eine gewisse Sachorientiertheit voraus. Und dabei muss die Ideologie außen vor bleiben. Sie von den Sozialdemokraten haben aber ein kleines Problem mit Ihrem kleinen Partner. Das müssen Sie zuerst regeln. Anschließend können Sie zu uns kommen, und dann können wir gerne im Sinne der Kinder und Jugendlichen zusammenarbeiten.

Frau Asch hat gesagt, die Verbändeanhörung hätte etwas anderes ergeben. Ich möchte für die Zuschauerinnen und Zuschauer gerne einmal aus zwei Stellungnahmen zitieren, damit hier das richtige Ergebnis dokumentiert wird. Denn Frau Asch hat diesbezüglich versucht, ein völlig gegenteiliges Bild zu entwerfen. Die Evangelische Kirche sagt in ihrer Stellungnahme – ich zitiere –:

„Im vorliegenden Gesetzentwurf wurde das un-
seres Erachtens nach dringlichste Anliegen an
eine Revision des Gesetzes zur frühen Bildung
und Förderung von Kindern [...] nicht berück-
sichtigt.“

Die Katholische Kirche kommt in ihrer Stellungnah-
me zu dem Fazit:

(Andrea Asch [GRÜNE]: Lesen Sie mal wei-
ter vor!)

„Insgesamt scheinen die Änderungen durch den
Entwurf nicht den erhofften Erwartungen Rech-
nung zu tragen.“

Weiter heißt es:

„Die Verwendung der zusätzlich ins System ge-
steckten Gelder für eine Erhöhung der Kindpau-
schalen wäre wohl wesentlich effektiver und
sinnvoller zu bewerten gewesen.“

Meine Damen und Herren, das sind die schriftlichen
Stellungnahmen, die zusätzlich mündlich unterlegt
worden sind.

Abschließend möchte ich Ihnen, Frau Asch, aus
dem evangelischen Pressedienst zitieren, was die
Praxis, sprich diejenigen, die unten an der Basis ar-
beiten, sagen. Denn Sie bekommen das alles gar
nicht mehr mit. Ich zitiere aus dem evangelischen
Pressedienst die Äußerung einer Kindergartenleite-
rin. Diese hat gesagt:

„Zum ersten Mal habe ich die Nase voll.“ – Das
kann ich verstehen.

Des Weiteren wird die Leiterin des Familienzent-
rums „Vogelnest“ in Essen zitiert:

„Die geplanten zusätzlichen Mittel änderten an
der Unterfinanzierung der alltäglichen Arbeit
nichts, sondern flössen nur in immer neue Mo-
delle und Projekte [...]“.

Weiter heißt es:

„Ich will keine finanziellen Pflaster mehr.“

So das Familienzentrum.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Weiter heißt es in einem Zitat von der Diakonie-
Rheinland-Westfalen-Lippe:

„Die aktuelle KiBiz-Revision beseitigt nicht die
„Unauskömmlichkeit“ der Kitafinanzierung: ‚Das
ist ein löchriges Netz.‘“

Warum sagen die das denn? Das sind doch die
Praktiker. Warum hören Sie nicht darauf?

Abschließend möchte ich noch ein Zitat, und zwar
der Freien Wohlfahrtspflege, vorlesen:

„Auf die Erzieherinnen hat der wachsende Druck
Auswirkungen [...] Langzeiterkrankungen haben
zugenommen“.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schützen Sie unsere
Kinder, schützen Sie unsere Erzieherinnen und Er-
zieher, und schützen Sie unsere Träger, damit wir
eine vernünftige Kinderpolitik machen können. Tun
Sie etwas, aber verabschieden Sie sich von diesem
Minigesetz, das in die falsche Richtung geht.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank,
Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen hat noch einmal Frau Kollegin Asch um das
Wort gebeten. Frau Kollegin, bitte achten Sie auf die
Redezeit von einer knappen Minute.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kol-
leginnen und Kollegen! Zu den Mäkeleien der FDP-
Fraktion: Herr Hafke, wir haben schon immer ge-
ahnt, dass die FDP mit Gerechtigkeit nicht viel am
Hut hat. Das haben Sie hier auch wieder gezeigt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es geht darum, Ungleiches ungleich zu behandeln.
Das haben Sie nicht verstanden. So richten Sie Ihre
Politik nicht aus, aber wir tun das. Und wenn es zum
Beispiel im Kreis Höxter und in Herford weniger
Kinder mit Migrationshintergrund gibt als in Gelsen-
kirchen oder in Bochum, dann bekommen Gelsen-
kirchen und Bochum natürlich mehr Sprachförder-
mittel. So ist das eben. Und das ist gerecht. Das ist
das Prinzip, nach dem wir handeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Leider müssen wir immer wieder ein bisschen
Nachhilfeunterricht geben.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Es geht um die Sachverständigenanhörung. Herr
Tenhumberg, Sie erwähnen immer wieder die Er-
höhungspauschale von 1,5 %. Wer hat diese 1,5 %
denn in das Gesetz geschrieben? Wer hat das denn
gemacht? Das waren Sie, gemeinsam mit der FDP-
Fraktion!

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Wer hat das
unterschrieben?)

Und jetzt nehmen Sie diejenigen als Kronzeugen,
die das kritisieren. Das ist doch hanebüchen. Das
ist doch nicht mehr ernst zu nehmen.

Sie wissen genau – Frau Göppert vom Städtetag
hat das in der Anhörung deutlich gesagt –: Wenn
Sie diese 1,5 % erhöhen, dann werden wir vors
Landesverfassungsgericht gehen, weil die Kommu-
nen das mittragen müssen. – Diese Grundlage hat
die CDU gelegt. Wir können das jetzt nicht mehr re-
parieren. Wir sind mit 400 Millionen € in Vorleistung
getreten. Das wollen Sie nicht mit nachvollziehen.

Das zeigt nur: Sie sind nicht bereit, tatsächlich mehr für die Kinder zu tun.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Ihnen geht es nicht um die Kitas und die Kinder, Ihnen geht es um Ihre eigene Profilierung. Und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Wegner das Wort.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Im Entwurf des Zweiten KiBiz-Änderungsgesetzes sind ohne Zweifel viele Bildungsgrundsätze und Bestimmungen verbessert worden. Dennoch bleibt festzuhalten, dass neben dem Grundproblem der Unterfinanzierung eine weitere und entscheidende Grundlage in dem Gesetzentwurf zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes fehlt, und zwar der wirkliche Wille zur konkreten Umsetzung und Anwendung der Kinderrechte.

Auch die kurze, indirekte, ja fast schon lapidare Erwähnung der Kinderrechte in Ihrem Änderungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, ist bei Weitem nicht ausreichend. Damit wären die Kinderrechte wieder einmal nur eine Randnotiz, die kein Kind wahrnimmt. Aber vielleicht ist Ihnen ja auch nur eines nicht klar: Kinderrechte sind keine Randnotiz.

Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass die Kinderrechte in der Lebenswirklichkeit eines jeden Kindes ankommen, und zwar real ankommen. Dafür müssen diese Rechte den Kindern im Alltag vermittelt und vor allem gelebt werden.

Wir wollen, dass die Kinderrechte im Kinderbildungsgesetz nicht nur als indirekter Verweis aufgenommen werden – nein, wir wollen, dass die Kinderrechte zum Bildungsinhalt werden und zur alltäglichen, für die Kinder erfahrbaren Anwendung kommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Kinderrechte werden heute immer noch – so traurig es ist – zu wenig beachtet, gelebt und umgesetzt. Dabei sind sie doch der Kern einer bildungs- und demokratieorientierten pädagogischen Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Piraten setzen uns dafür ein, dass jedes Kind seine Rechte täglich lebt und es täglich erfährt, dass sie beachtet werden. Davon kann unsere Gesellschaft nur profitieren. Denn wer seine Rechte kennen- und leben

lernt, der lernt ebenfalls, die Rechte anderer zu achten.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Hört, hört!)

Doch dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen die Kinder ihre Rechte überhaupt erst einmal kennen- und leben lernen. Wir fordern in unserem Änderungsantrag, dass die Kinderrechte grundlegend und genau in die Konzeptionen und Leitbilder der Kitas einzubinden sind. Die UN-Kinderrechtskonvention sollte die maßgebende Grundlage in den Kitas und der Kindertagespflege sein. Partizipation ist nicht nur der beste Kinderschutz; mit dem täglichen Umgang der gelebten Kinderrechte würde auch ein weiterer wichtiger Beitrag zur praktischen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention geleistet werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Kinderrechte stärken unsere Kinder. Starke Kinder stärken unsere Demokratie. In diesem Sinne bitte ich Sie, für unseren Änderungsantrag zu stimmen: damit die Kinderrechte nicht nur erwähnt, sondern wirklich gelebt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Jetzt meldet sich die Landesregierung noch ein weiteres Mal und erhält in Person von Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Aufgrund der Einlassung von Herrn Wegner habe ich mich doch noch mal zu Wort gemeldet; denn ich finde, es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Kinderrechte hier nicht gewürdigt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen möchte ich dem Hohen Hause noch mal zur Kenntnis geben, dass die UN-Kinderrechtskonvention unmittelbar geltendes Recht ist, immer, auch ohne Aufnahme in das Kinderbildungsgesetz. Sie gilt schlicht und einfach.

Zum Kinderbildungsgesetz, zur Mitwirkung und zur Teilhabe von Kindern, zur der Frage, wie man Kindern beibringen kann, sich altersgemäß mit den Rechten und den eigenen Wünschen zu beschäftigen, möchte ich jetzt einen Paragraphen vorlesen, der das deutlich macht. Das ist § 13 Abs. 6 im jetzigen Entwurf. Ich zitiere:

„Die Bildungs- und Erziehungsarbeit wirkt darauf hin, Kinder zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Daher sollen Kinder ihrem Alter, ihrem Entwicklungsstand und ihren Bedürfnissen entsprechend bei der Gestaltung des Alltags in der Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege mitwirken. Sie sind vom

pädagogischen Personal bei allen sie betreffenden Angelegenheiten alters- und entwicklungs-gerecht zu beteiligen. Zum Wohl der Kinder und zur Sicherung ihrer Rechte sind in Tageseinrichtungen geeignete Verfahren der Beteiligung und die Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten vorzusehen und zu praktizieren.“

So viel zum Thema „Kinderrechte“ aus unserer Sicht.

Dann würde ich gerne noch einen Punkt aufgreifen, den Herr Tenhumberg eben angesprochen hat, und zwar die Stellungnahme der Landschaftsverbände. Ich möchte aus der Anhörung die Stellungnahme von Frau Dr. Schneider zitieren, die zu diesem Revisions-schritt geäußert hat:

„Ich finde die Grundausrichtung des Gesetzes mit seinen zusätzlichen Geldern, Verfügungspauschalen und plusKITA sowie der Umwidmung der Sprachfördermittel hin zu sozial bedürftigen Familien und damit zu denjenigen, die Sprachförderbedarf haben, richtig.“

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Änderungsantrag der Piratenfraktion Drucksache 16/6026. Wer möchte für diesen Änderungsantrag stimmen? – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt gegen den Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/6026 abgelehnt**.

Wir stimmen – zweitens – ab über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5293. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in Drucksache 16/5973, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5293 mit den von ihm beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Wir kommen zur Abstimmung über diese Beschlussempfehlung. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, Piratenfraktion und der fraktionslose Abgeordnetenkollege Stein. Ich stelle fest, dass somit die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/5973 angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/5293 in zweiter Lesung verabschiedet** ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stimmen – drittens – ab, meine Kolleginnen und Kollegen, über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/5956. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die CDU-Fraktion und der fraktionslose Kollege Stein. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von FDP und Piraten. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/5956 abgelehnt**.

Ich lasse – viertens – abstimmen über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/5999. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Kollege Stein. Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/5999 abgelehnt**.

Wir stimmen – fünftens – ab über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/4577. Ich darf darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend in Drucksache 16/5974 empfiehlt, den Antrag Drucksache 16/4577 abzulehnen. Wir stimmen deshalb nicht über die Beschlussempfehlung ab, sondern über den Antrag als solchen in Drucksache 16/4577. Wer diesem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer stimmt gegen den CDU-Antrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/4577** mit der festgestellten Mehrheit **abgelehnt**.

Ich schließe die Beratung zum Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

4 Klarheit schaffen über mögliche Szenarien der Finanzierung des Rückbaus von Atomanlagen und die damit verbundenen Folgen für Kommunen in NRW

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5960

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Kollegen Schulz das Wort.

Ich hoffe, dass sich der Geräuschpegel gleich wieder deutlich senkt, wenn all diejenigen Kollegen, die den Raum verlassen müssen, das auch getan haben. Ansonsten darf ich darum bitten, nötige Gespräche nach draußen zu verlagern, meine Damen